

Tim Suter nennt deutsches Regulierungsmodell überholt

Das föderale Regulierungsmodell in Deutschland ist nach Meinung von Tim Suter, Mitglied im Executive Committee der britischen Regulierungsbehörde Ofcom (Office of Communications), in wesentlichen Punkten überholt. Suter, der einer Einladung des neuen Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) nach Berlin gefolgt war, vertrat am 10. April im Rahmen eines medienpolitischen Colloquiums den Standpunkt, dass Medienregulierung wie in Großbritannien auf nationaler Ebene angesiedelt sein sollte, um effizient sein zu können. Mit geladenen Gästen, unter ihnen die Direktoren der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) und der Medienanstalt für Berlin-Brandenburg (MABB), Norbert Schneider und Hans Hege, diskutierte er unter anderem über notwendige Änderungen des deutschen Systems.

Die Medienregulierung im Vereinigten Königreich hat laut Suter viele der in Deutschland derzeit noch ungelösten Probleme bereits überwunden, weshalb der britische Markt im europäischen Vergleich technologisch und wirtschaftlich an vorderster Stelle rangiere. Für die britische Wirtschaft habe es sich damit gelohnt, fünf Regulierungsbehörden – darunter das Office of Telecommunications (OfTel, Telekommunikationsregulierung), das Broadcasting Standards Council (Programmbeschwerden) und die Independent Television Commission (ITC, Privatfernsehen) – unter dem Dach der Ofcom zu bündeln. „Unsere Philosophie heißt Wettbewerb“, erklärte Suter im Gespräch mit den Teilnehmern des IfM-Colloquiums: „Wir wollen, dass der Markt sich selbst regelt, soweit dies möglich ist. Dort, wo der Markt keine Lösungen anzubieten hat, kommen wir ins Spiel.“

Ofcom: Ausgeprägter Praxisbezug

Die Idee des Ofcom unterscheidet sich vom Modell der deutschen Landesmedienanstalten vor allem durch einen ausgeprägten Praxisbezug und eine ökonomische Gesamtausrichtung. Das Ofcom reguliert prinzipiell zurückhaltend und vertraut auf Marktkräfte. Aus dem gleichem Grund verhält sich die Behörde technikneutral und agiert nur dort, wo der Wettbewerb ein politisch erwünschtes Ergebnis offenkundig verfehlt. Mit Blick auf den europäischen Markt (EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“) vertraut das Ofcom auf stärkere Selbstkontrolle der Rundfunkteilnehmer und hält sich in Fragen der Werberichtlinien vollständig an die Vorgaben aus Brüssel. „Wenn man den Rundfunk einerseits mit öffentlichen Geldern unterstützt und ihn gleichzeitig regulieren soll, ist das schizophoren“, meinte Ofcom-Vorstand Suter hingegen zum deutschen Regulierungssystem.

Suter zufolge setzen die Briten nicht auf Binnenpluralismus, sondern auf ein breites Anbieterspektrum. Ein wesentlicher Unterschied sei dabei auch das Fehlen föderaler Strukturen, wie sie in Deutschland existierten. „Mir fällt es schwer zu begreifen, wie man Rundfunk nur auf regionalem Level regulieren soll“, sagte Suter. „Wenn Fernsehen mit Kabel oder Satellit überall zu empfangen ist, sollte man Regulierung auf der höchstmöglichen Stufe ansiedeln. Bei uns funktioniert das sehr gut auf nationalem Level.“ Eine Sonderrolle in Regulierungsfragen hat indes die BBC inne. Die angesehene öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt drängte die ihr ursprünglich zugeordnete externe Regulierung zurück: Das Ofcom überwacht hier lediglich die Anforderungen an die BBC zum Schutze der Verbraucher und die Quotierungen zur Sicherung kreativer Vielfalt. Ferner erhält die BBC vom Ofcom Hinweise zu ihren jährlichen Programmberichten, die unter anderem als Grundlage für die für 2007 geplante neue BBC Charta dienen.

Das Ofcom hat auch dazu beigetragen, dass Großbritannien sein Medienrecht zugunsten der Produzenten geändert hat: Die Rechte für Filme und Dokumentationen verbleiben in der Regel bei den Urhebern und gehen nicht mehr automatisch auf die Sender über, die künftig nur noch für eine begrenzte Zeit und einen bestimmten Verbreitungsweg die Ausstrahlungsrechte erwerben können. In keinem anderen europäischen Land werden seither so viele nationale Produktionen gesendet wie in Großbritannien. Weil es dem Ofcom um Inhalte und deren Kontexte, nicht um Verbreitungswege geht, lehnt es zudem eine Kontrolle des Internet kategorisch ab. Vom Ofcom-Prinzip der „light touch regulation“ ausgenommen sind auch Presse und Werbung, deren Überwachung der Press Complaints Commission bzw. der Advertising Standards Association überlassen wird. Das Ofcom nahm auf Grundlage des von der Blair-Regierung verabschiedeten Communications Act vor rund drei Jahren seine Tätigkeit auf (vgl. FK 31/03). Die staatsferne Superbehörde beschäftigt 800 Mitarbeiter. Finanziert wird das Ofcom aus Lizenzgebühren der Rundfunk- und Dienstveranstalter sowie einem Zuschuss des Handels- und Industrieministeriums (DTI) zur Regulierung und Verwaltung des Frequenzspektrums. 15.4.06/FK